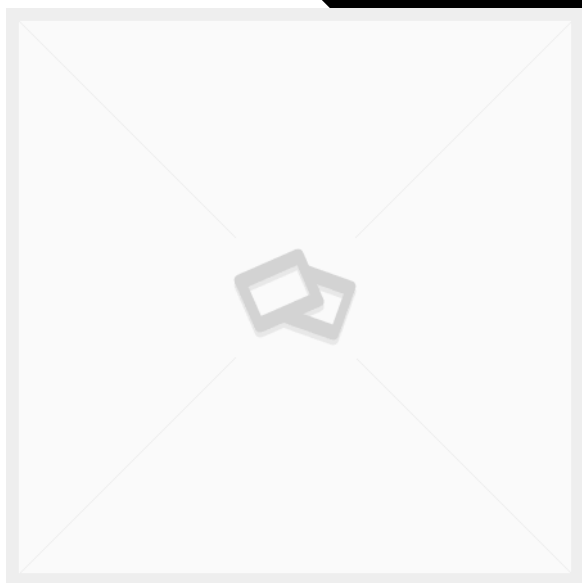


BILDUNGSPOLITIK DES BUNDES FÜR KRIPPEN- UND KINDERGARTENPLÄTZE



Entlicht am 14. April 2007

[Beschlüsse](#), [Bildung](#),
[Bildungsgutschein](#), [Kinder](#),
[Kindergarten](#) [Krippe](#)

Beschluss des Landesparteitages

Die Landespartei bringt auf dem Bundesparteitag folgenden Antrag ein:

So oft schon ist es gesagt worden – und viele Male hat es sich heute daraus ergeben: Die wichtigste Ressource in unserer Gesellschaft sind Köpfe. Kluge Investitionen in Bildung werden die Zukunft des Standes unseres Landes sichern. Einen anderen Weg gibt es für die Gesellschaft nicht.

Wir müssen Bildung neu denken.

Wir wissen heute mit größtmöglicher Genauigkeit, dass Kinder bis zum 6. Lebensjahr im Wesentlichen alle notwendigen Motivationen, ihre Grundfertigkeiten und Fähigkeiten herausgebildet haben. Nie wieder lernen sie so effektiv wie in der frühkindlichen Phase.

Daher ist es notwendig, Krippen und Kindergärten als Bildungseinrichtungen zu etablieren und auf Bildung und die Voraussetzungen für Chancengleichheit zu achten. Kinder entwickeln sich in dieser Phase. Für Liberale ist es daher ein Gebot der Gerechtigkeit, Begabungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten gerade auch in

der frühkindlichen Bildung, um möglichst viele Menschen zur späteren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu befähigen. Auch die Integration der Kinder unterschiedlicher Herkunft entscheidet sich an dieser Stelle.

Andere europäische, insbesondere skandinavische Länder sind uns seit Jahren in der Entwicklung der frühkindlichen Bildung voraus. Deutschland ist im Vergleich zu ihnen „Entwicklungsland“. Wir haben ein „Fachkräftepotential“ für die Zukunft.

Der Rechtsanspruch auf Kindergärten ist in Deutschland immer noch nicht ausreichend realisiert. Bei uns liegt er weit unter dem Westen Deutschlands bei einer Versorgungsquote von ca. 30%. Wenn der Osten, was die Versorgung mit Krippen- und Kindergärten angeht, eine Vorreiterrolle hat, bleibt Kinderbetreuung als vorrangige gesellschaftliche Herausforderung für Bund, Länder und Kommunen.

Deutschland braucht eine Qualitätsoffensive Frühkindlicher Bildung

Das deutsche System der vorschulischen Bildung, Erziehung und Betreuung im Vergleich zu anderen europäischen Ländern erheblich unterentwickelt. Laut Vorstellung der OECD, dass ca. 1% des BIP für den Ausbau von Kindertagesbetreuungseinrichtungen für die Kinder bis zum Alter von drei Jahren investiert werden sollten, wird nicht annähernd erfüllt.

Die deutschen öffentlichen Ausgaben für Kindertagesbetreuung lagen 2002 mit 10,53 Mrd. € bei ca. 0,5% des BIP. Alleine in den nächsten fünf Jahren müssten bei uns investiert werden, um weltweit den gleichen Anteil von knapp 0,7% am BIP zu erreichen.

Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um den Ausbau von Bund, Ländern und Kommunen ergriffen werden?

1. Für den Krippen- und Kindergartenbau ein flächendeckendes Angebot an Betreuungsplätzen vor allem im Hinblick auf die Versorgung auszubauen.
2. Die Tagesmutterförderung neben der institutionellen Kindertagesbetreuung in die staatliche Förderung einbezogen werden.
3. Die Förderung der Erziehungs- und Bildungskompetenz der Eltern ist ein zentraler Bestandteil des „Lebenslanges Lernens“ und des „Lebenslangen Erwachsenenbildungskonzept“ zu erarbeiten.

4. Bundesweit einheitliche Ziele und Bildungsstandards für die vorschulische Bildung erlassen und eingeführt werden.
5. Die Bildungspolitik muss die frühkindliche Bildung zum Schwerpunkt setzen.
6. Die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften und Erzieherinnen muss gestärkt werden und auf höherem Niveau sein. Die diagnostischen Fähigkeiten sind im Hinblick auf das individuelle Leistungsvermögen, aber auch zum Ausgleich von Schwächen zu stärken. Mindestens der/die Leiter/in einer Tageseinrichtung sollte eine Ausbildung auf Fachhochschulniveau besitzen.
7. Die deutsche Sprache ist Grundvoraussetzung für kulturelle, soziale, wirtschaftliche und politische Teilhabe. Der Kindergarten ist daher eine standardisierte Spracherhebung und Sprachförderung. Bei Sprachproblemen muss schnell eine wirksame Förderung einsetzen.

Liberalen wollen durch ein Gutscheinsystem echte Wahlfreiheit herstellen.

Eltern brauchen heute Wahlfreiheit und die Möglichkeit, die Betreuung und Vereinbar zu vereinbaren. Bisher werden zum großen Teil immer noch Kinderkrippen selbst gefördert. Um die Qualität der Einrichtungen zu verbessern und einen echten Wettbewerb zwischen den verschiedenen Trägern zu ermöglichen, ist eine frühkindliche Bildung und Betreuung zu ermöglichen. Es geht von der Objekt- zur Subjektförderung, d.h. von der Förderung der Kinder hin zur Förderung der Kinder endlich bundesweit auf einen Systemwechsel wird durch Einführung eines Bildungsgesetzes für die frühkindliche Bildung und Betreuung erreicht. Voraussetzung ist die vollständige Bereitstellung eines ausreichenden Angebotes, nicht nur bei einem Mangel an Krippen-, Kindergarten- und Tagesstättenplätzen funktionieren kann. Frühkindliche Bildung ist auch eine wesentliche familienpolitische Aufgabe, mit der die Bundesländer nicht alleine gelassen werden dürfen.

Um den Finanzierungsbedarf der Kommunen zu decken, soll eine Kettenerhöhung des Aufkommens erfolgen. Der bisherige Anteil der Kommunen am Abzug des Bundesanteils an der Umsatzsteuer soll von

2,2 auf 3,2 % zu erhöhen. Dies entspricht einem Finanzierungsvolumen von rund 1,5 Millionen Euro. Diese Finanzierunggrundlage für einen über das Tagesbetreuungsbedürfnis hinausgehenden schnellen und flexiblen Ausbau der Kinderbetreuung ist für die nächsten drei Jahren gewährleistet. Mit einer Revisionsklausel verbunden ist die Verpflichtung der Kommunen soll sichergestellt werden, dass die Kommunen auch im Bedarfsfall Finanzmittel erhalten; deshalb wird der entsprechende Teil auf fünf Jahre befristet. Bildungsgutscheine in Form von Vorkurs- und Vorkursortengutscheine, die als familienpolitische Leistung den Eltern zur Verfügung stehen und sinnvoller als Leistungen nach dem Gießkannenprinzip, können nach Wahl der Eltern bei Krippen, Kindertagesstätten und Vorkursorten eingelöst werden.